Rechtsprechungsübersicht: Aktuelle Entwicklung am Internationalen Strafgerichtshof

Von Eleni Chaitidou, Den Haag*

In seinen ersten sechs Jahren hat der junge Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nicht nur seine institutionelle Aufbauarbeit bewältigt, sondern ist zugleich seinem Mandat, seine Gerichtsbarkeit über Personen wegen der in diesem Statut genannten Verbrechen von internationalem Belang auszuüben, in vier Situationen nachgekommen.

Aus der großen Fülle der Entscheidungen des IStGH ist eine Auswahl getroffen worden, die einige wichtige Leitentscheidungen im Zeitraum Juni 2007-Juni 2008 reflektiert.¹ Der Themenbereich der Opferbeteiligung wird nicht behandelt, da dieser Gegenstand eines gesonderten Beitrages ist.² Der Aufbau dieses Beitrages orientiert sich an den vor dem IStGH anhängigen Fällen.

I. Situation Demokratische Republik Kongo

Die Situation „Demokratische Republik Kongo“ wurde von dem Vertragsstaat selbst gemäß Art. 13 lit. a des Römischen Statuts³ dem Ankläger des Strafgerichtshofs unterbreitet.⁴ Die Situation ist durch Entscheidung der Präsidentschaft des IStGH der Vorverfahrenskammer I zugewiesen worden.⁵ Im Nachfolgenden werden die Fälle („cases“), die aus dieser Situation hervorgegangen sind, vorgestellt.

1. Verfahren gegen Thomas Lubanga Dyilo

Im Verfahren gegen Thomas Lubanga Dyilo vor der Hauptverfahrenskammer I kam es im Juni 2008 zu einer bedeutenden Wendung, die aufgrund ihrer Tragweite im Nachfolgenden eingehender dargestellt wird.

Das Verfahren gegen Thomas Lubanga Dyilo, der bereits am 17.3.2006 nach Den Haag überstellt worden war, und dessen Verfahren⁶ vor der Hauptverfahrenskammer I ur-

sprünglich am 23.6.2008 beginnen sollte, ist mit Entscheidung der Kammer vom 13.6.2008 vorerst eingestellt worden.⁷ Die Kammer urteilte, dass dies notwendig geworden war, da der Ankläger entlastendes Material gegenüber der Verteidigung nicht offengelegt hat.⁸ Die Kammer stellte fest, dass der Ankläger Art. 54 Abs. 3 lit. e extensiv und inkorrekt ausgelegt und angewandt hat. Die Vorschrift schreibt vor:

(3) Der Ankläger kann

[...]

(e) einwilligen, in keiner Phase des Verfahrens Dokumente oder Informationen offenzulegen, die er unter der Bedingung der Vertraulichkeit und ausschließlich zum Zweck der Erlangung neuer Beweismittel erhält, sofern nicht der Informant sein Einverständnis erklärt.

Diese Bestimmung steht im Spannungsverhältnis mit Art. 67 Abs. 2, welcher besagt: Neben anderen in diesem Statut vorgesehenen Offenlegungen legt der Ankläger, sobald wie möglich, der Verteidigung die in seinem Besitz oder seiner Verfügungsgewalt befindlichen Beweismittel offen, die seiner Überzeugung nach die Unschuld des Angeklagten beweisen oder zu beweisen geeignet sind, dessen Schuld mildern oder die Glaubwürdigkeit der vom Ankläger beigebrachten Beweismittel beeinträchtigen können. Bei Zweifeln hinsichtlich der Anwendung dieses Absatzes entscheidet der Gerichtshof.

Die Kammer stellte fest, dass die Offenlegung entlastender Beweismittel nach Art. 67 Abs. 2 ein fundamentaler Bestandteil der Rechte des Angeklagten sei. Der Ankläger habe Art. 54 Abs. 3 lit. e inkorrekt angewandt, weil er Vertraulichkeitsvereinbarungen („confidentiality agreements“) mit Informanten getroffen und allgemein Beweismittel unter der Bedingung dieser Vertraulichkeit eingeholt habe, ungeachtet der Tatsache, dass es sich bei dem Material unter Art. 54 Abs. 3 lit. e nur um Dokumente und Informationen handeln dürfe, die er ausschließlich zum Zweck der Erlangung neuer Beweismittel erhält (sog. „lead evidence“). Dies habe zur Folge, dass ein signifikanter Teil entlastenden Beweismateri-

* Eleni Chaitidou ist als Legal Officer in der Vorverfahrens- abteilung des IStGH tätig. Dieser Beitrag reflektiert den Vortrag vor dem Arbeitskreis Völkerstrafrecht am 21.6.2008 in Den Haag, der die aktuellen Entwicklungen am Internationalen Strafgerichtshof zum Gegenstand hatte. Der Beitrag wurde auf den aktuellen Stand der Rechtsprechung im September 2008 gebracht. Alle im Beitrag getroffenen Äußerungen sind die persönlichen Ansichten der Autorin und reflektieren nicht die offizielle Haltung des IStGH.

¹ Alle Entscheidungen des IStGH können im Internet unter <http://www.icc-cpi.int/cases.html> eingesehen werden.

² Guhr, ZIS 2008, 367.

³ Alle im Nachfolgenden genannten Vorschriften ohne Gesetzesangabe sind solche des Römischen Statuts.

⁴ Siehe dazu die Presseerklärung des Anklägers vom 19.4.2004, einzusehen unter http://www.icc-pi.int/pressrelease_details&id=19&l=en.html.

⁵ The Presidency, Decision Assigning the Situation in the Democratic Republic of Congo to Pre-Trial Chamber I, ICC-01/04-1.

⁶ Die Anklagepunkte gegen den Beschuldigten erfassen die Tatbestände der Zwangsverpflichtung und Eingliederung von

Kindern unter 15 Jahren in Streitkräfte oder bewaffnete Gruppen und deren Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten in Form als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen und waren von der Vorverfahrenskammer I mit Entscheidung vom 29.1.2007 bestätigt worden; siehe Pre-Trial Chamber I, Decision on the confirmation of charges, ICC-01/04-01/06-803-tENG.

⁷ Trial Chamber I, Decision on the consequences of non-disclosure of exculpatory materials covered by Art. 54 (3) (e) agreements and application to stay the prosecution of the accused, together with certain other issues raised at the Status Conference on 10 June 2008, ICC-01/04-01/06-1401.

⁸ Derzeit sind davon 204 Dokumente betroffen; siehe Näheres in der Entscheidung der Trial Chamber, Redacted Version of „Decision on the Prosecution’s Application to Lift the Stay of Proceedings“, ICC-01/04-01/06-1467.

als nicht offengelegt werden und der Angeklagte seine Verteidigung nicht vorbereiten könne. Darüber hinaus sei die Kammer ihrer Entscheidungsbefugnis nach Art. 67 Abs. 2 S. 2 beraubt worden, nämlich der, dass im Zweifelsfall hinsichtlich des Anwendungsbereichs dieser Bestimmung das Gericht zu entscheiden habe. Die Konsequenz dieser Faktoren sei, dass der Prozess derart geschädigt sei, dass ein faires Verfahren nicht mehr möglich erscheine.

Gegen diese Entscheidung legte der Ankläger Beschwerde ein, die von der Kammer zugelassen wurde.⁹ Eine Entscheidung der Berufungskammer steht noch aus.

Mit Entscheidung vom 2.7.2008¹⁰ war die sofortige Freilassung des Angeklagten von der Kammer nach Ablauf einer Fünf-Tagesfrist¹¹ angeordnet worden. Auch gegen diese Entscheidung legte der Ankläger Beschwerde gemäß Art. 82 Abs. 1 lit. b ein, die vor der Berufungskammer anhängig ist. Des Weiteren beantragte der Ankläger die aufschiebende Wirkung dieser Beschwerde, welche von der Berufungskammer angeordnet wurde.¹²

Mit Entscheidung vom 3.9.2008 hat die Kammer die Einstellung des Verfahrens aufrechterhalten, da die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Verfahrens weiterhin nicht vorlägen.¹³ Thomas Lubanga Dyilo bleibt weiterhin in Haft.

2. Weitere wichtige Entscheidungen der Hauptverfahrenskammer

Auch die Hauptverfahrenskammer hat zum „witness proofing“ in ihrer Entscheidung vom 30.11.2007¹⁴ geurteilt, dass Zeugen keiner Partei zuzuordnen seien, sondern Zeugen des Gerichts bleiben (keine „prosecution witnesses“). Die vom Ankläger plädierte Praxis des „witness proofing“ ist nach Ansicht der Kammer nicht im Römischen Statut oder der Verfahrens- und Beweisordnung des IStGH verankert und

bleibt dem Ankläger versagt.¹⁵ Der Entscheidung der Vorverfahrenskammer I vom 8.11.2006¹⁶ ist damit gefolgt worden.

In einer ersten Grundsatzentscheidung vom 13.12.2007¹⁷ zum Verhältnis der Haupt- zur Vorverfahrenskammer stellte die Kammer fest, dass sie, angesichts der unterschiedlichen Funktionen beider Instanzen, zur Vorverfahrenskammer in keinem Hierarchieverhältnis stehe. Grundsätzlich könne sie Entscheidungen der Vorverfahrenskammer nicht erneut überprüfen; die Entscheidung der Vorverfahrenskammer zur Bestätigung der Anklagepunkte binde die Kammer absolut. Allerdings sei sie nicht an verfahrens- oder beweisrechtliche Entscheidungen der Vorverfahrenskammer gebunden. Dies bedeute, dass grundsätzlich Beweismittel, die im Vorverfahren eingeführt worden sind, *de novo* ins Hauptverfahren eingeführt werden müssen.

3. Verfahren gegen Germain Katanga und Ngudjolo Chui

Die Beschuldigten Germain Katanga und Mathieu Ngudjolo Chui sind am 18.10.2007 bzw. am 7.2.2008 nach Den Haag überstellt worden. Beiden werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorgeworfen, die im Rahmen eines Angriffs auf das Dorf Bogoro in der Demokratischen Republik Kongo am 24.2.2003 begangen worden sein sollen. Die Verhandlung zur Bestätigung der Anklagepunkte („confirmation of charges“) vor der Vorverfahrenskammer I ist vom 27.6. bis 18.7.2008 durchgeführt worden. Das Urteil zur Bestätigung der Anklagepunkte wird für den 26.9.2008 erwartet.¹⁸

Die Kammer hat beide Verfahren aufgrund der gemeinsamen Teilnahme der Beschuldigten an der zugrunde liegenden Tat am 10.3.2008 verbunden.¹⁹ Dagegen wurde von der Verteidigung des Beschuldigten Mathieu Ngudjolo Chui erfolgreich²⁰ Beschwerde eingelegt mit dem Einwand der Verletzung des Legalitätsprinzips, da ein solcher Verbund nur im Hauptverfahren nach Art. 64 Abs. 5 möglich sei. Mit Entscheidung vom 9.6.2008 hat die Berufungskammer den Verbund beider Verfahren bestätigt.²¹

⁹ Trial Chamber, Decision on the Prosecution's Application for Leave to Appeal the „Decision on the consequences of non-disclosure of exculpatory materials covered by Article 54 (3) (e) agreements and application to stay the prosecution of the accused“, ICC-01/04-01/06-1417.

¹⁰ Trial Chamber, Decision on the release of Thomas Lubanga Dyilo, ICC-01/04-01/06-1418.

¹¹ Unter Hinweis auf rule 154 der Verfahrens- und Beweisordnung.

¹² Appeals Chamber, Decision on the request of the Prosecutor for suspensive effect of his appeal against the „Decision on the release of Thoams Lubanga Dyilo“, ICC-01/04-01/06-1423.

¹³ Trial Chamber, Redacted Version of „Decision on the Prosecution's Application to Lift the Stay of Proceedings“, ICC-01/04-01/06-1467.

¹⁴ Trial Chamber, Decision Regarding the Practices Used to Prepare and Familiarise Witnesses for Giving Testimony at Trial, ICC-01/04-01/06-1049.

¹⁵ Zulässig bleibt allein die Übergabe der früheren schriftlichen Aussage an den Zeugen, damit er vor seiner Aussage vor Gericht sein Gedächtnis auffrischen kann.

¹⁶ Pre-Trial Chamber I, Decision on the Practices of Witness Familiarisation and Witness Proofing, ICC-01/04-01/06-679.

¹⁷ Trial Chamber, Decision on the status before the Trial Chamber of the evidence heard by the Pre-Trial Chamber and the decisions of the Pre-Trial Chamber in trial proceedings, and the manner in which evidence shall be submitted, ICC-01/04-01/06-1084.

¹⁸ Regulation 53 der Geschäftsordnung des Gerichtshofs.

¹⁹ Pre-Trial Chamber I, Decision on the Joinder of the Cases against Germain Katanga and Mathieu Ngudjolo Chui, ICC-01/04-01/07-257.

²⁰ Pre-Trial Chamber I, Decision on Application for Leave to Appeal by the Defence of Mathieu Ngudjolo Chui against the Decision on Joinder, ICC-01/04-01/07-384.

²¹ Appeals Chamber, Judgment on the Appeal Against the Decision on Joinder rendered on 10 March 2008 by the Pre-

Bei seinem ersten Erscheinen vor Gericht brachte der Beschuldigte Germain Katanga vor, er spreche nicht fließend Französisch, aber Lingala am besten. Er beantragte die Zurverfügungstellung eines Lingala-Dolmetschers während der Verhandlungen, welches ihm die Kammer versagte. Auf die erfolgreich²² eingelegte Beschwerde des Beschuldigten Germain Katanga stellte die Berufungskammer mit Entscheidung vom 27.5.2008²³ fest, dass der Standard in der Frage der Sprachkenntnisse des Beschuldigten im Statut sehr hoch sei, höher als in anderen internationalen Instrumenten („fully understood and speak“) und führte aus, dass „an accused fully understands and speaks a language when he or she is completely fluent in the language in ordinary, non-technical conversation; it is not required that he or she has an understanding as if he or she were trained as a lawyer or judicial officer.“²⁴

Eine weitere Frage, die im Rahmen der Vorbereitungen zur „confirmation of charges“ entschieden wurde, war die Frage, ob der Ankläger befugt ist, präventiv Zeugen zu ihrem Schutz umzusiedeln („relocate“), oder ob die Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm des Gerichtshofs ausschließlich von der in der Kanzlei ansässigen Abteilung für Opfer und Zeugen („Victims and Witnesses Unit“) durchgeführt werden darf. Die Kammer hat die Vorgehensweise des Anklägers abgelehnt und geurteilt, dass, sollte er sich im „confirmation of charges hearing“ auf diese Zeugenaussagen stützen, deren Einführung unzulässig sei.²⁵ Die Beschwerde des Anklägers ist am 20.5.2008 von der Kammer zugelassen worden,²⁶ die Entscheidung der Berufungskammer steht noch aus.

Trial Chamber in the Germain Katanga and Mathieu Ngudjolo Chui Cases, ICC-01/04-01/07-573.

²² Pre-Trial Chamber I, Decision on the Defence Application for Leave to Appeal the Decision on the Defence Request Concerning Languages, ICC-01/04-01/06-149.

²³ Appeals Chamber, Judgment on the appeal of Mr Germain Katanga against the decision of Pre-Trial Chamber I entitled „Decision on the Defence Request Concerning Languages“, ICC-01/04-01/07-522.

²⁴ Ibid., para. 61.

²⁵ Pre-Trial Chamber I, Corrigendum to the Decision on Evidentiary Scope of the Confirmation Hearing, Preventive Relocation and Disclosure under Art. 67(2) of the Statute and Rule 77 of the Rules, ICC-01/04-01/07-428-Corr; am 19.5.2008, nach Erlass der fraglichen Entscheidung informierte die Abteilung für Opfer und Zeugen die Kammer darüber, dass die betroffenen Zeugen in das Zeugenschutzprogramm des Gerichtshofs aufgenommen worden seien. Die Kammer entschied daraufhin, dass die Zeugenaussagen in das Vorverfahren wieder eingeführt werden dürften, ICC-01/04-01/07-523. Siehe auch die abweichende Meinung von Richter *Blattmann* im Verfahren gegen Thomas Lubanga Dyilo „Separate and Dissenting Opinion of Judge *Blattmann* attached to Decision on Disclosure Issues, Responsibilities for Protective Measures and other Procedural Matters“, ICC-01/04-01/06-1311-Anx3.

²⁶ Pre-Trial Chamber, Decision on the Requests for leave to appeal the Decision on Evidentiary Scope of the Confirmation Hearing, Preventive Relocation and Disclosure under

In diesem Verfahren hat die Kammer insgesamt acht Entscheidungen zur Frage der Genehmigung von „redactions“ nach rule 81 der Verfahrens- und Beweisordnung, d.h. der Genehmigung zur Nicht-Offenlegung von Information in Dokumenten, erlassen. Dieser Themenbereich mag für Außenstehende nicht interessant wirken, bildet aber einen besonders wichtigen Aspekt im Rahmen der Vorbereitungen des Vorverfahrens.

In diesem Zusammenhang erließ die Berufungskammer am 13.5.2008 zwei wichtige Entscheidungen zum Anwendungsbereich der rule 81 Abs. 4 und 81 Abs. 2 der Verfahrens- und Beweisordnung.²⁷

4. Verfahren gegen Bosco Ntaganda

Der Haftbefehl gegen den Beschuldigten Bosco Ntaganda war von der Vorverfahrenskammer I am 22.8.2006 zunächst unter Verschluss („under seal“) erlassen worden.²⁸ Er ist am 28.4.2008 bekannt gegeben worden.²⁹

Dem Beschuldigten Bosco Ntaganda wird, wie Thomas Lubanga Dyilo, die Zwangsverpflichtung und Eingliederung von Kindern unter 15 Jahren in Streitkräfte oder bewaffnete Gruppen und deren Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten vorgeworfen. Seine Überstellung steht noch aus.

II. Situation Uganda

Die Situation „Uganda“ wurde von dem Vertragsstaat selbst gemäß Art. 13 lit. a dem Ankläger des Strafgerichtshofs unterbreitet.³⁰ Die Situation ist durch Entscheidung der Präsidenschaft des IStGH der Vorverfahrenskammer II zugewiesen worden.³¹ Im Nachfolgenden werden die Fälle („cases“), die aus dieser Situation hervorgegangen sind, vorgestellt.

Art. 67(2) of the Statute and Rule 77 of the Rules, ICC-01/04-01/07-484.

²⁷ Appeals Chamber, Judgment on the appeal of the Prosecutor against the decision of Pre-Trial Chamber I entitled „First Decision on the Prosecution Request for Authorisation to Redact Witness Statements“, ICC-01/04-01/07-475; Appeals Chamber, Judgment on the appeal of Mr Germain Katanga against the decision of Pre-Trial Chamber I entitled „First Decision on the Prosecution Request for Authorisation to Redact Witness Statements“, ICC-01/04-01/07-476.

²⁸ Pre-Trial Chamber I, Warrant of Arrest, ICC-01/04-02/06-2-tENG.

²⁹ Pre-Trial Chamber I, Decision to Unseal the Warrant of Arrest against Bosco Ntaganda, ICC-01/04-02/06-18.

³⁰ Siehe dazu die Presseerklärung des Anklägers vom 29.1.2004, einzusehen unter http://www.icc-pi.int/pressrelease_details&id=16&l=en.html.

³¹ The Presidency, Decision Assigning the Situation in Uganda to Pre-Trial Chamber II, ICC-02/04-1.

1. Verfahren gegen Mitglieder der Lord Resistance Army (LRA)

Die von der Vorverfahrenskammer II ausgestellten vier Haftbefehle gegen Mitglieder der LRA³² sind noch nicht vollzogen. Der Presse war in der Vergangenheit zu entnehmen, dass einer der Beschuldigten, Vincent Otti, ums Leben gekommen sei. Diese Annahme ist noch nicht offiziell bestätigt worden.

Presseberichten war weiter zu entnehmen, dass die Friedensverhandlungen in Uganda zu einem Abkommen zwischen der ugandischen Regierung und den Rebellen der LRA geführt haben.³³ Im Annex zu diesem Abkommen verpflichtet sich die ugandische Regierung eine Einheit einzurichten, die die Ermittlung und Strafverfolgung gegen solche Personen aufnehmen soll, die ausgedehnte, systematische oder schwerwiegende Angriffe auf die Zivilbevölkerung begangen oder geplant, oder schwere Verletzungen der Genfer Abkommen begangen haben sollen. Eine „Special Division at the High Court“ soll zu diesem Zwecke eingerichtet werden; auch auf andere Formen der Unrechtsbewältigung wird Bezug genommen. Die Implementierung dieses Abkommens ist derzeit noch unklar.

Diese Entwicklungen veranlassten die Vorverfahrenskammer II am 29.2.2008³⁴ und am 18.6.2008³⁵ die ugandische Regierung aufzufordern die Kammer darüber zu informieren, was die Auswirkung der Verpflichtungen Ugandas aus dem Friedensabkommen und seinem Annex auf seine Kooperationsverpflichtungen gegenüber dem IStGH seien, sowie Auskunft zu geben über die gegenwärtig getroffenen Maßnahmen Ugandas, die Haftbefehle zu vollziehen.

Die ugandische Regierung informierte die Kammer in ihrem ersten Antwortschreiben am 28.3.2008, dass die Implementierung des Friedensabkommens und seines Annexes noch ausstehe und vom Abschluss eines endgültigen umfas-

senden Friedensvertrages abhinge.³⁶ In ihrem zweiten Antwortschreiben vom 10.7.2008 bekräftigte die ugandische Regierung ihre Kooperationsbereitschaft und den Willen, die Haftbefehle zu vollziehen.³⁷

III. Situation Darfur/Sudan

Mit Resolution 1593 hat der UN-Sicherheitsrat die Situation Darfur/Sudan dem Ankläger des Strafgerichtshofs gemäß Art. 13 lit. b unterbreitet. Die Situation ist durch Entscheidung der Präsidentschaft des IStGH der Vorverfahrenskammer I zugewiesen worden.³⁸ Im Nachfolgenden werden die Fälle („cases“), die aus dieser Situation hervorgegangen sind, vorgestellt.

1. Verfahren gegen Ahmad Harun und Ali Kushayb

Gegen die Beschuldigten Ahmad Harun und Ali Kushayb ist am 27.4.2007 von der Vorverfahrenskammer I Haftbefehl erlassen worden.³⁹ Die Festnahme und Überstellung der beiden Beschuldigten steht noch aus.

Am 5.6.2008 unterbreitete der Ankläger seinen siebten Bericht vor dem Sicherheitsrat, in dem er erneut die fehlende Kooperation des Sudan beklagt und die Eröffnung des zweiten und dritten Ermittlungskomplexes in dieser Situation ankündigt.⁴⁰

2. Verfahren gegen Omar Hassan Ahmad Al Bashir

Am 14.7.2008 beantragte der Ankläger vor der Vorverfahrenskammer I den Erlass eines Haftbefehles gegen den derzeitigen Präsidenten des Sudans, Omar Hassan Ahmad Al Bashir, wegen Begehung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen seit März 2005.⁴¹ Der Haftbefehl wurde von der Kammer noch nicht erlassen.

IV. Situation Zentralafrikanische Republik

Die Situation „Zentralafrikanische Republik“ wurde von dem Vertragsstaat selbst gemäß Art. 13 lit. a dem Ankläger des

³² Pre-Trial Chamber II, Warrant of Arrest for Joseph Kony issued on 8 July 2005 as amended on 27 September 2005, ICC-02/04-01/05-53; id., Warrant of Arrest for Vincent Otti, ICC-02/04-01/05-54; id., Warrant of Arrest for Okot Odhiambo, ICC-02/04-01/05-56; id., Warrant of Arrest for Dominic Ongwen, ICC-02/04-01/05-57. Das Verfahren gegen Raska Lukwya wurde am 11.7.2007 aufgrund seines Todes eingestellt, Pre-Trial Chamber II, Decision to Terminate the Proceedings against Raska Lukwya, ICC-02/04-01/05-248.

³³ Siehe „Agreement on Accountability and Reconciliation between the Government of the Republic of Uganda and the Lord Resistance Army/Movement, Juba, Sudan“ (29.6.2007) und sein Annex „Annexure to the Agreement of Accountability and Reconciliation signed between the Government of the Republic of Uganda and the Lord Resistance Army“ (19.2.2008).

³⁴ Pre-Trial Chamber II, Request for Information from the Republic of Uganda on the Status of Execution of the Warrants of Arrest, ICC-02/04-01/05-274.

³⁵ Pre-Trial Chamber II, Request for Further Information from the Republic of Uganda on the Status of Execution of the Warrants of Arrest, ICC-02/04-01/05-299.

³⁶ Siehe Annex 2 im Report by the Registrar on the Execution of the „Request for Information from the Republic of Uganda on the Status of Execution of the Warrants of Arrest“, ICC-02/05-01/05-286.

³⁷ Siehe Annex 2 im Report by the Registrar on the Execution of the „Request for Further Information from the Republic of Uganda on the Status of Execution of the Warrants of Arrest“, ICC-02/05-01/05-305.

³⁸ The Presidency, Decision Assigning the Situation in Darfur, Sudan to Pre-Trial Chamber I, ICC-02/05-1.

³⁹ Pre-Trial Chamber I, Warrant of Arrest for Ahmad Harun, ICC-02/05-01/07-2-Corr; id., Warrant of Arrest for Ali Kushayb, ICC-02/05-01/07-3-Corr. Die Haftbefehle erfassen insgesamt 51 Tatbestände in Form von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

⁴⁰ Einzusehen unter

http://www.icc-pi.int/library/organs/otp/UNSC_2008_En.pdf.

⁴¹ Summary of the Prosecutor's Application under Art. 58, ICC-02/05-152.

Strafgerichtshofs unterbreitet.⁴² Die Situation ist durch Entscheidung der Präsidentschaft des IStGH der Vorverfahrenskammer III zugewiesen worden.⁴³ Im Nachfolgenden wird der Fall („case“), der aus dieser Situation hervorgegangen ist, vorgestellt (Verfahren gegen Jean-Pierre Bemba Gombo).

Am 9.5.2008 beantragte der Ankläger den Erlass eines Haftbefehls gegen Jean-Pierre Bemba Gombo, ehemals Vize-Präsident der Demokratischen Republik Kongo. Am 23.5.2008 erließ die Vorverfahrenskammer III einen Haftbefehl,⁴⁴ zunächst unter Verschluss, der am 24.5.2008 von den belgischen Behörden ausgeführt wurde. Am selben Tag wurde der Haftbefehl bekanntgemacht.⁴⁵ Nach Vorlage zusätzlicher Informationen vonseiten des Anklägers, erließ die Kammer am 10.6.2008 einen neuen Haftbefehl,⁴⁶ der den ersten Haftbefehl vollständig ersetzt und der um den Tatbestand der vorsätzlichen Tötung in Form von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen erweitert wurde. Der vom Ankläger beantragte Tatbestand der „anderen Form von sexueller Gewalt“, ist von der Kammer nicht in den Haftbefehl aufgenommen worden.⁴⁷

Der Beschuldigte Jean-Pierre Bemba Gombo ist am 3.7.2008 nach Den Haag überstellt und am 4.7.2008 erstmals den Richtern vorgeführt worden.

Die Kammer erließ am 31.7.2008 die Entscheidung zu den Modalitäten der „disclosure“ im Verfahren, d.h. der Offenlegung von Beweismaterial, und setzte den Kalender hierfür fest.⁴⁸ Der Ankläger legte gegen diese Entscheidung Beschwerde ein, die nicht von der Kammer zugelassen wurde.⁴⁹

V. Weitere Situationen im Blickfeld des IStGH-Anklägers

Der Ankläger analysiert, bzw. beobachtet weiter die Situation/Aktivitäten in Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Kenya, Elfenbeinküste und Afghanistan.

⁴² Siehe dazu die Presseerklärung des Anklägers vom 7.1.2005, einzusehen unter http://www.icc-pi.int/pressrelease_details&id=87&l=en.html.

⁴³ The Presidency, Decision Assigning the Situation in the Central African Republic to Pre-Trial Chamber III, ICC-01/05-1.

⁴⁴ Pre-Trial Chamber III, Warrant of Arrest for Jean-Pierre Bemba Gombo, ICC-01/05-01/08-1-tENG. Der Haftbefehl erfasst die Tatbestände der Vergewaltigung, Folter, Plünderung und Beeinträchtigung der persönlichen Würde in ihrer Form als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

⁴⁵ Pre-Trial Chamber III, Decision to Unseal the Warrant of Arrest for Mr Jean-Pierre Bemba Gombo, ICC-01/05-01/08-5-tENG.

⁴⁶ Pre-Trial Chamber III, Warrant of Arrest for Jean-Pierre Bemba Gombo Replacing the Warrant of Arrest Issued on 23 May 2008, ICC-01/05-01/08-15-tENG.

⁴⁷ Pre-Trial Chamber III, Decision on the Prosecutor's Application for a Warrant of Arrest against Jean-Pierre Bemba Gombo, ICC-01/05-01/08-14-tENG, para. 40 und 63.

⁴⁸ Pre-Trial Chamber III, Decision on the Evidence Disclosure System and Setting a Timetable for Disclosure between the Parties, ICC-01/05-01/08-55.

⁴⁹ Pre-Trial Chamber III, Decision on the Prosecutor's application for leave to appeal Pre-Trial Chamber III's decision on disclosure, ICC-01/05-01/08-75.